

Pressemitteilung

Berlin, den 19.09.2014

Nr. 30/2014

Asylrechtsklarstellung - Hilfe auf wirklich Verfolgte konzentrieren!

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund begrüßt die Entscheidung des Bundesrats zur Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten. "Wir müssen den wirklich Verfolgten helfen, deshalb muss die Abschiebung in sichere Herkunftsländer möglich sein", so das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, **Dr. Gerd Landsberg**, heute in Berlin.

Der vom Bundesrat beschlossene Gesetzentwurf, die Unterbringung von Flüchtlingen durch Maßnahmen im Bauplanungsrecht zu erleichtern, stößt ebenfalls auf Zustimmung des DStGB. Damit werden die Rahmenbedingungen vor Ort für die Unterbringung verbessert. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund erwartet, dass die Bundesregierung die Vorschläge des Bundesrats aufgreift und zügig umsetzt.

"Die Unterbringung, Versorgung und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen ist eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe. Bund, Länder und Kommunen müssen deshalb einen Marschallplan Flüchtlingshilfe entwickeln, damit Deutschland auch diese gemeinsamen großen Herausforderungen in den nächsten Jahren vorbereitet ist", so Landsberg. Dabei sind kostendeckende Pauschalen an die Kommunen für Unterbringung, Kleidung, Verpflegung und eine medizinische Versorgung unverzichtbare Bestandteile.

Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030.773 07.225
Telefax 030. 773 07.200

E-Mail: dstgb@dstgb.de
Homepage:
<http://www.dstgb.de>

ViSdP
Geschäftsführendes
Präsidialmitglied
Dr. Gerd Landsberg
Pressesprecher
Franz-Reinhard Habel